

THEMENFELDER:	SPD	CDU	GRÜNE	DIE LINKE	FDP	DIE PIRATEN
Stellplatzabgabe abschaffen	bedingte Unterstützung	bedingte Unterstützung	bedingte Unterstützung	große Unterstützung	keine Unterstützung	große Unterstützung
Kulturräume gesetzlich schützen	bedingte Unterstützung	keine Unterstützung	bedingte Unterstützung	große Unterstützung	keine Unterstützung	große Unterstützung
Mehr bezahlbare Plakatierflächen	bedingte Unterstützung	große Unterstützung	große Unterstützung	große Unterstützung	bedingte Unterstützung	bedingte Unterstützung
Subventionen für Clubkultur	keine Unterstützung	große Unterstützung	große Unterstützung	bedingte Unterstützung	bedingte Unterstützung	große Unterstützung
Mittel aus Kultur- und Tourismustaxe für Clubkultur (5.2)	keine Unterstützung	große Unterstützung	große Unterstützung	große Unterstützung	keine Unterstützung	bedingte Unterstützung
Gemeinschaftsaktionen der Clubs unterstützen (5.1.)	keine Unterstützung	große Unterstützung	große Unterstützung	große Unterstützung	keine Unterstützung	große Unterstützung

Legende: *In diesen Antworten sehen wir....*

	große Unterstützung
	bedingte Unterstützung
	keine Unterstützung

Die Fragen und Antworten der Parteien finden sich auf den Seiten 2 bis 12.

Stellplatzabgabe abschaffen

Eine der größten Hürden in der Erschließung neuer Musikspielstätten stellt die Stellplatzabgabe dar. Diese kommunale Abgabe wird fällig, wenn Clubbetreiber keinen geeigneten Nachweis erbringen können, dass in der Umgebung des Clubs eine ausreichende Zahl von Stellplätzen für PKWs zur Verfügung steht. Da das Publikum die Clubs in aller Regel maßgeblich mit öffentlichen Verkehrsmitteln, per Fahrrad oder zu Fuß erreicht, werden diese Flächen tatsächlich oft kaum in Anspruch genommen. Die derzeit geltende Stellplatzabgabe stellt eine Verzerrung im Wettbewerb Hamburgs mit anderen Standorten dar - zum Beispiel mit Berlin, wo eine vergleichbare Auflage für Musik-Clubs nicht existiert. Auch die Handelskammer Hamburg fordert im Standpunkt Papier zur Musikstadt Hamburg die ersatzlose Streichung der Stellplatzabgabe für Clubs mit einem Fassungsvermögen von bis zu 1.400 Besuchern (700qm). Das Clubkombinat unterstützt diesen Standpunkt der Handelskammer Hamburg. Alternativ zu diesem Vorschlag des Clubkombinats und der Handelskammer wird von politischer Seite aktuell zur Diskussion gestellt, lediglich kleine Kulturbetriebe (bis 266qm) von der Stellplatzabgabe in Hamburg zu befreien. Das Clubkombinat sieht hierbei keinen nachhaltig wirksamen Lösungsvorschlag, da Musik-Clubs heutzutage häufig nur noch ab einer mittleren Kapazität (bis 700qm)

1.1. Wie positioniert sich Ihre Partei gegenüber der Forderung für eine vollständige Abschaffung der Stellplatzabgabe allein zu Gunsten kleiner Kulturbetriebe (266qm)?

1.2. Wie steht ihre Partei dazu, auch mittlere Musikspielstätten (bis zu 700qm) von der Stellplatzabgabe zu befreien?

	SPD	CDU	GRÜNE	DIE LINKE	FDP	PIRATEN
Bewertung durch das Clubkombinat:						

ANTWORTEN DER PARTEIEN:

SPD	Die Stellplatzabgabe erscheint theoretisch bedrohlich für Clubgründungen – in der Praxis stellt sie sich so aber nicht als echte Hürde da. Zumindest konnten nie konkrete Beispiele genannt werden. Die Bürgerschaft hat auf Antrag der SPD in dieser Legislaturperiode einen Antrag zur Neuregelung der Stellplatzabgabe beschlossen und die BSU ist dazu übergegangen, die Stellplatzabgabe für Kulturbetriebe zu stunden. Wir begrüßen dies und werden die weiteren Erfahrungen damit eng begleiten und weitere Schritte prüfen.
CDU	Generell befürwortet die CDU Hamburg die Abschaffung der Stellplatzabgabe für kleine und mittlere Clubs. Dabei muss jedoch darauf geachtet werden, mit einer solche Maßnahme andere Institutionen, wie etwa KiTas, Turnvereine oder auch Privattheater, nicht ungebührnd zu benachteiligen. Hier setzen wir uns dafür ein zu evaluieren, welche Institutionen bzw. Clubs hier sinnvollerweise befreit werden sollten, um eine ungerechtfertigte Ungleichbehandlung zu vermeiden.
GRÜNE	Die Grünen unterstützen seit Jahren die Live-Clubs in Hamburg. Mit unserer Unterstützung sind Live Concert Account, Club-Award und Clubstiftung entstanden. Die Clubs in Hamburg können auch in der kommenden Legislatur auf die Unterstützung der Grünen bauen. Zur Stellplatzabgabe haben wir aus der Opposition heraus verschiedene parlamentarische Initiativen unternommen, denn wir wissen, dass die aktuell geltende Regelung absolut unzureichend ist. In etablierten, vom ÖPNV gut erschlossenen Kulturräumen ist eine vollständige Abschaffung der Stellplatzabgabe für kleine Kulturunternehmen, also auch Clubs, sinnvoll. Generell halten wir jedoch am Prinzip der Einzelfallprüfung fest, zumal Clubs oder andere kleinere Kulturunternehmen sowohl in Lage, Größe, Programm und Publikum sehr heterogen sind. Klar ist dennoch: die Stellplatzabgabe darf kein wirtschaftlicher Hinderungsgrund für die Eröffnung eines Live-Clubs sein.
Die Linke	Den Grundgedanken durch die Stellplatzabgabe einen Beitrag für das Gemeinwesen zu leisten, finden wir im Kern richtig. Den Ansatz sowohl die kleinen als auch die mittleren Kulturbetriebe von der Abgabe zu befreien, können wir aber im Sinne der Kulturförderung trotzdem unterstützen. Allerdings würden wir gerne noch mal den Vorschlag diskutieren, ob ergänzend dazu, zusammen mit den HVV und den Clubs, eine Art Kombi-Ticket eingeführt werden kann, um den ÖPNV für die Konzertbesucher_innen attraktiver zu machen.

Stellplatzabgabe abschaffen

FDP	<p>Der Senat hat bereits mit der Aufhebung der Stellplatzpflicht beim Wohnungsbau der Stadt einen Bärendienst erwiesen. Die Folge sind vermehrte Parksuchverkehre, höhere Belastungen der Bevölkerung mit Lärm und Abgasen und zunehmende Verkehrsbehinderungen durch Falschparker. Gerade gewerblich genutzte Objekte erzeugen erfahrungsgemäß im Umfeld zusätzliche und teilweise recht hohe Verkehrsaufkommen. Das dies Auswirkungen auf die Nachfrage nach Parkraum hat, liegt auf der Hand. Die damit einhergehenden Belastungen der Anwohner werden somit weiter erhöht. Die Abschaffung der Stellplatzverordnung und somit auch die Abschaffung der Stellplatzabgabe halten wir aus den genannten Gründen generell für problematisch. Allerdings könnten aufgrund der bei Clubs eher in den Abend- und Nachtstunden erzeugen Nachfrage nach Parkraum eine gemeinsame Nutzung von Parkplätzen mit anderen Gewerbetreibenden (bspw. Einzelhandel) eine Option sein, die die finanziellen Belastungen der Clubbetreiber deutlich reduzieren kann. Wir halten deshalb die Prüfung einer solchen Alternative in der kommenden Legislaturperiode für erforderlich.</p>
Piraten	<p>Zu 1.1.: Eine Abschaffung der Stellplatzabgabe für kleine Clubs würden wir vorbehaltlos unterstützen. Bei kleinen Clubs ist davon auszugehen, dass die Anzahl der mit dem PKW anreisenden Besucher recht gering ist, und in vielen Fällen durch überwiegend tags genutzte Stellflächen aufgefangen werden kann.</p> <p>Zu 1.2.: Wir würden uns dafür einsetzen, Ihre These, die Besucher würden nahezu ausschließlich mit dem ÖPNV anreisen, durch eine empirische Studie zu überprüfen. Sollte sich herausstellen, dass der Anteil der PKW-Nutzer tatsächlich verschwindend gering ist, würden wir die Forderung nach Abschaffung der Stellplatzabgabe selbstverständlich unterstützen. Ansonsten würden wir uns dafür einsetzen, die Verpflichtung zur Bereitstellung von Stellflächen, bzw. ersatzweise zur Zahlung einer Stellflächenabgabe, am tatsächlichen, durchschnittlichen Bedarf für Musikclubs zu orientieren. Die Stellplatzabgabe darf aber definitiv kein Geschäftsmodell der Stadt sein! Desweiteren soll in diesem Fall die Verpflichtung zur Bereitstellung von Stellflächen auch durch Arrangements zur Doppelnutzung mit Betreibern überwiegend tagsüber genutzter Parkplätze/-häuser im Umfeld erfüllt werden können.</p>

Kulturräume gesetzlich schützen

Etablierte und anerkannte Kulturbetriebe – zumeist diejenigen, die sich selber finanzieren und ganz wesentlich zum lebendigen Kultur-Kosmos der Hansestadt Hamburg beitragen – werden zunehmend aus teuren Innenstadtlagen verdrängt. Zeitgleich existiert aktuell keinerlei rechtlicher Schutzraum, um gut funktionierende Kulturräume in dieser Stadt zu bewahren, d.h. gegenüber einer kommerziellen Immobilienverwertung zu schützen. In anderen Bereichen, z.B. dem Umwelt- bzw. Naturschutz und dem Denkmalschutz, hat die Politik bereits erkannt und durch Gesetzeserlässe und Verordnungen sicher gestellt, dass Gemeinwohl gegenüber sonstigen Interessen schützenswert ist. Das Verursacherprinzip regelt bei anstehenden Bauvorhaben, denen beispielsweise seltene Tierarten im Wege stehen, dass vor Baubeginn entsprechende Ausweichflächen bzw. Ausgleichsflächen geschaffen werden müssen. Die Kosten für die Bereitstellung und Ertüchtigung einer Ausgleichsfläche werden dabei vom – für die Verdrängung ursächlichen – Akteur aufgebracht und getragen. Das Clubkombinat vertritt den Standpunkt, dass die aktuelle Entwicklung in der Hamburger Innenstadt (d.h. die zunehmende Verdrängung von etablierten Kulturraumflächen durch kommerzielle Immobilienverwertung) nach einer wirksamen Kulturräumerschutzgesetzgebung verlangt. Um gemeinsam eine Vorgehensweise zu beschließen, wünscht sich das Clubkombinat von der Kulturbehörde ein moderiertes Workshopverfahren "Kulturräume" mit Vertretern des Bauamts, der Kulturbehörde, Finanzbehörde, Bezirksämter und des Clubverbands. Ziel ist es, in diesem Dialog auch etwaige Lärmschutzverordnungen, Verfahren für eine Lärmschutzumkehr und Kennzeichen/Label für einen Bestandsschutz von Kulturräumen zu erarbeiten.

- 2.1 Wie steht Ihre Partei zu dem Bestreben, für einen umfassenden Bestandsschutz ein Gesetzgebungsverfahren einzuleiten, das bestehende Kulturstandorte in innerstädtischen Lagen besser schützt?**
- 2.2. Wie steht Ihre Partei dazu, insbesondere bei Neuansiedlungen in klassischen Ausgevierteln die Bauherren dazu zu verpflichten, einen Bestandsschutz für etablierte Kulturräume zu gewährleisten – z.B. durch konkrete Auflagen wie die Installation des Hamburger „Hafencity Fensters“?**
- 2.3. Unterstützt Ihre Partei das Clubkombinat-Anliegen, in der kommenden Legislatur das vorgeschlagene Workshopverfahren auf den Weg zu bringen, um konkret umsetzbare Vorschläge für eine wirksame Kulturräumerschutzgesetzgebung zu erarbeiten? Wenn ja: wie genau möchten Sie dieses Anliegen unterstützen?**

	SPD	CDU	GRÜNE	DIE LINKE	FDP	PIRATEN
Bewertung durch das Clubkombinat:						

ANTWORTEN DER PARTEIEN:

SPD	<p>Für die SPD ist der Schutz der bestehenden - und auch der Ausbau neuer - Kulturstandorte in innerstädtischen Lagen ein wichtiges Anliegen. In der Verwaltungspraxis, beispielsweise des Bezirksamt Mitte im Bereich St. Pauli, zeigt sich auch, dass hier der Erhalt der Kulturstandorte eine sehr große Priorität hat. Maßgeschneiderte Einzelfalllösungen sind hier vielfach ein probates Mittel, um Kulturräume erfolgreich zu schützen. Dies hat sich zuletzt auch bei den für das Molotow und die MS Stubnitz gefundenen Lösungen bestätigt. Die SPD wird dafür sorgen, dass weiterhin bedarfsbezogen agiert wird.</p> <p>Wohnungsbau in verdichteten und häufig ohnehin schon lärmintensiven Umgebungen ist jetzt schon nur unter strikten Lärmschutzauflagen möglich. Bereits genehmigte Musikclubs genießen in Hamburg bezüglich Lärmbelastungen Bestandsschutz. Ob weitere technische Auflagen zu einem höheren Schutz bestehender Einrichtungen führen würden, ist nicht unbedingt gewährleistet. Diese würden auch nur Neubauten betreffen. Ein Bestandsschutz von Kulturstandorten in Form eines eigenen Gesetzes müsste der Bundesgesetzgeber erlassen. Sollte es hier Bestrebungen geben, wird die SPD sich daran konstruktiv beteiligen.</p>
------------	--

Kulturräume gesetzlich schützen

CDU	<p>Zu 2.1.: Einem Gesetzgebungsverfahren zum Bestandsschutz bestehender Kulturstandorte in der Innenstadt steht die CDU skeptisch gegenüber. Wir erachten es nicht als sinnvoll, den Eigentümern innerstädtischer Grundstücke bzw. Immobilien gesetzliche Vorschriften hinsichtlich des Schutzes bestehender Kulturstandorte machen zu wollen. Hier kommt es auf den jeweiligen Einzelfall an und es kann von Fall zu Fall gute Gründe geben, den Schutz bestehender Kulturstandorte mit geeigneten Mitteln politisch zu unterstützen; bspw. Durch eine Vermittlerrolle zwischen Eigentümers und Club. Zu 2.2.: Auch eine Verpflichtung, bestehende Kulturräume bei Neuansiedlungen in klassischen Ausgehvierteln zu schützen, steht die CDU eher skeptisch gegenüber. Es trüge wohl nicht zu einer lebendigen Clubkultur bei, wenn Hauseigentümer staatlicherseits verpflichtet würden, in dem einen oder anderen Viertel einen Club oder Theater erhalten zu müssen, ohne eine angemessene Berücksichtigung bspw. Der Rentabilität eines Clubs oder anderer Probleme, die sich am bisherigen Standort ergeben haben mögen. Zu 2.3.: Das Anliegen des Clubkombinats, ein von der Kulturbehörde moderiertes Workshopverfahren zu initiieren, das sich mit dem Kulturrumschutz beschäftigt, unterstützen wir hingegen sehr gerne. Hier könnte die CDU-Fraktion in der kommenden Legislatur etwa einen entsprechenden Antrag in die Bürgerschaft einbringen. Hier solle man dem Ergebnis des Workshopverfahrens indes nicht durch eine Vorabfestlegung auf ein Gesetz vorgreifen. Vielmehr sollten zunächst Vorschläge erarbeitet werden, wie mit dem Kulturrumschutz konkret umzugehen wäre, die dann der Bürgerschaft zur Beschlussfassung vorgelegt werden können.</p>
GRÜNE	<p>Etablierte Kulturräume bzw. Ausgehviertel schöpfen ihre Attraktivität aus den Clubbetrieben, Gastronomien und Kultureinrichtungen vor Ort. In diesen Lagen (Kulturzonen) müssen alle Ermessensspielräume im Bauplanungs-, Bauordnungs- oder Immissionsschutzrecht zu deren Fortbestand und Entwicklung genutzt werden. Bislang hat der SPD-Senat aber keine Kulturzonen festgesetzt, für die besondere Regelungen gelten sollen. In Hamburg werden aktuell die rechtlichen Mittel bei „heranrückender Wohnbebauung“ nicht konsequent genutzt; so mussten in der Vergangenheit Clubs in der Großen Freiheit oder der Max Brauer Allee nachträglich erweiterte Schallschutzmaßnahmen einbauen. Wir Grünen wollen die Erkenntnisse aus Berliner Bestandsschutzmodell nutzen, um die aktuellen Regelungen der Hamburgischen Bauordnung zu überprüfen und ggf. nachzubessern. Die Idee eines Workshopverfahrens greifen wir sehr gern auf und würden dazu in der kommenden Legislatur eine parlamentarische Initiative formulieren bzw. Unterstützen.</p>
Die Linke	<p>Zu 2.1.: Das rechtliche Ausloten, wie sozialräumlich und kulturell bedeutende Strukturen besser geschützt werden können halten wir für grundsätzlich richtig. Allerdings sollte sich ein Gesetzgebungsverfahren nicht nur auf ein bestimmtes Stadtgebiet beschränken. Verdrängung auch von Kulturräumen, jeweils unter spezifischen Voraussetzungen, findet im gesamten Stadtgebiet statt. Zu 2.2.: Das ist insofern ein interessanter Ansatz, weil dadurch nicht nur die Kulturräume geschützt werden, sondern auch die Lebensqualität der Mieter_innen erhöht werden würde. Schlecht wäre, wenn die Kosten für die Fenster auf die Miete umgelegt werden würden. Zu 2.3.: Selbstverständlich unterstützen wir als basisdemokratisches Vorgehen ein solches Workshopverfahren. Und die notwendigen parlamentarischen Schritte unterstützen wir auch gerne.</p>
FDP	<p>Zu 2.1.: Eine liberale Stadtentwicklung steht für eine gerechte Abwägung von allen sozialen, ökonomischen und ökologischen Aspekten. Eine gerechte Abwägung bedeutet dabei, dass die Interessen der jeweiligen Akteure in der Stadt gleichwertig behandelt werden und sich somit gleichwertig in den Abwägungsprozess gegenüberstehen. Da eine Bevorteilung einzelner Interessen immer zu Lasten der anderen Akteure geht, halten wir es für erforderlich, dass besondere Schutzbedürfnisse (bspw. Mieterschutz) nur in Einzelfällen gesetzlich verankert werden. Zur Sicherung der weniger schutzwürdigen Interessen steht jedoch eine Vielzahl an Möglichkeiten zur Verfügung, die es zu nutzen gilt. Gerade in innerstädtischen Lagen kann bspw. durch langfristige Miet- oder Pachtverträge eine hohe Sicherheit für Clubbetreiber und Eigentümer gewährleistet werden. Gerade auf kommunalen Flächen bestehen hier erhebliche Spielräume die wir nutzen wollen um den langfristigen Schutz von Kulturstandorten zu gewährleisten. Zu 2.2.: Die weiterhin steigenden Mietpreise in Hamburg stellen für viele Mieter inzwischen erhebliche Probleme dar. Da gerade im Neubau die Anfangsmiete sehr stark an den Baukosten orientiert sind, halten wir zusätzliche (gesetzliche) Anforderungen und Vorschriften für kontraproduktiv. Dennoch kann durch eine frühzeitige Beteiligung an Planungsprozessen auf bestimmte Wünsche und Vorstellungen von Anwohnern, Gewerbetreibenden und Künstlern eingegangen werden. So ist es beispielsweise durch Veränderungen im Grundriss einer Wohnung möglich die Einschränkungen der Lebensqualität durch Lärmemissionen deutlich zu reduzieren. Die FDP setzt somit nicht auf zusätzliche Vorschriften und Gesetze, die den Wohnungsbau unnötig verteuern, sondern will durch frühzeitige Kommunikationsprozesse einen fairen Interessenausgleich erreichen und somit etablierte Kulturräume vor einer Verdrängung schützen. Zu 2.3.: Wie bereits dargestellt will die FDP-Hamburg die Clubkultur der Stadt nicht durch zusätzliche Vorschriften, Gesetze und Verordnungen unter Schutz stellen. Die Hamburger Musikclubs haben sich in der Vergangenheit sehr erfolgreich am Markt behaupten können und haben auch weiterhin das Potential sich dynamisch an veränderte Rahmenbedingungen anzupassen. Wir sind davon überzeugt, dass diese Chance auch zukünftig durch die Betreiber der Musikclubs, durch die engagierte Bürger, durch Interessensvertreter wie dem Clubkombinat aber auch durch die Unterstützung aus der Politik genutzt werden können und somit weiterhin erfolgreich am Markt bestehen.</p>

Kulturräume gesetzlich schützen

Piraten	<p>Zu 2.1.: Ja, wir würden so ein Vorhaben in der Bürgerschaft unterstützen. Desweiteren fordern wir in unserem Programm, dass bei Neubauten den betroffenen kulturellen Einrichtungen und Kulturschaffenden vor Abriss- und Baugenehmigung neue Räume am gleichen Ort oder in Nähe ihres ursprünglichen Wirkens vertraglich zu garantieren sind.</p> <p>Zu 2.2.: Ja, wir unterstützen das.</p> <p>Zu 2.3.: Ja, dieses Workshopverfahren würden wir unterstützen und parlamentarisch begleiten. Unsere vorderen Listenplätze 1 und 2, Burkhard Masseur und Andreas Gerhold, haben lange Jahre in Musikclubs gearbeitet bzw. tun es noch, und werden daher mit Sicherheit gegenüber den Belangen der Clubszene immer aufgeschlossen sein. Dies schließt bspw. auch die Übernahme parlamentarischer Anfragen oder Initiativen mit ein, falls die Verhandlungen mit den Behörden im Rahmen des Workshopverfahrens ins Stocken geraten sollten. Andreas Gerhold ist derzeit Abgeordneter in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte. Auch in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord sind wir vertreten. Gewisse Möglichkeiten stehen uns also auch jetzt schon zur Verfügung.</p>
----------------	--

Mehr bezahlbare Plakatierflächen

Aktuell existieren Möglichkeiten für Kulturbetriebe, vergünstigte Plakatschaltungen über die sog. „Hamburger Kulturmedien“ in Anspruch zu nehmen. Demnach erhalten ausschließlich kleine Kulturbetriebe (bis 266qm) einen Kleinveranstalterrabatt i.H.v. 90% auf den Listenpreis in ausgesuchten Plakatierungs-Kontingenten. Das Clubkombinat ist dankbar über dieses Angebot, das zahlreiche Clubs in Anspruch nehmen. Zeitgleich unterstreicht die nach wie vor sehr hohe Anzahl von Wildplakatierungen in Hamburg: Es herrscht (immer noch) ein großer Mangel an bezahlbaren Plakatierflächen für die Clubkultur. Für die Problematik möchten wir anhand einer Beispielrechnung sensibilisieren: Die Hängung eines A1-Plakats kostet einmalig 68 Cent pro Tag und Plakat. Bei einer Schaltung von 200 Plakaten am Tag resultiert ein Listenpreis i.H.v. 136 € pro Tag. Für eine wirksame und notwendige 14-tägige Hängung eines Plakats entstehen so Kosten i.H.v. 1.904 € für 14 Tage. Nach Abzug des Kleinveranstalterrabattes für Kulturbetriebe unter 266qm i.H.v. 90% ergibt dies in Summe Plakatierungskosten i.H.v. 190,40 € pro Veranstaltung. Bei 20 Veranstaltungen pro Monat erfordert dies notwendiger Weise ein Plakatierungsbudget i.H.v. von 3.808 € monatlich. Dies sind Kosten, die von vielen kulturschaffenden Clubbetreibern nicht ohne sehr hohes Risiko refinanziert werden können. Ferner noch: häufig reicht die Schaltung von 200 Plakaten für eine erfolgreiche Veranstaltungsbewerbung nicht aus. Zudem sind nur zehn Prozent aller insgesamt zur Verfügung stehenden Plakatierungsflächen für einen Kulturrabatt buchbar, weshalb die vorhandenen Kapazitäten gerade in saisonal wichtigen Jahreszeiten selten ausreichen. In Anbetracht dieser Gesamtsituation plädiert das Clubkombinat für: - die Ausweitung des 90% Kleinveranstalterrabatts auf Musik-Clubs von 266qm auf bis 1.000qm - die Einführung eines Kulturrabatts PLUS i.H.v. 95% für kleine Musikspielstätten (bis 266qm). - sowie die Ausweitung der Kapazitäten an Plakatflächen für Kulturrabattnutzer. Diese Punkte wären in den zukünftigen Gestattungsverträgen für Außenwerbung (ab 2025) zu verankern.

3.1. Wie stehen Sie zu der Forderung des Clubkombinats zur Ausweitung der Größenbeschränkung des Kleinveranstalterrabatts für Live-Clubs auf bis zu 1.000qm?

3.2. Gerade kleinere Musikspielstätten können sich Kosten i.H.v. 190,40 € für eine Plakatstrecke (siehe obiges Rechenbeispiel) nicht leisten. Unterstützen Sie vor diesem Hintergrund den Wunsch des Clubkombinats nach einem Kulturrabatt PLUS i.H.v. 95% für kleine Musikspielstätten (bis 266qm)?

3.3. Welche alternativen Lösungen sind für Sie konkret vorstell- und umsetzbar, um in Hamburg vor dem Jahr 2025 entsprechende Regelungen für mehr bezahlbare Plakatierflächen zu realisieren?

	SPD	CDU	GRÜNE	DIE LINKE	FDP	PIRATEN
Bewertung durch das Clubkombinat:						

ANTWORTEN DER PARTEIEN:

SPD	Die Möglichkeiten für Kulturwerbung in Hamburg sind in den letzten Jahren stetig erhöht worden. Die Plakatierung im städtischen Raum ist mit dem Abschluss der Werberechtsverträge im Jahr 2007 bis 2023 ausgehandelt und vergeben und sehen die oben genannten Rabatte vor. Die SPD wird weiterhin daran arbeiten, die Sichtbarkeit von Musik in der Stadt zu erhöhen und prüfen, wie beispielsweise in Zusammenarbeit mit den zuständigen Bezirksämtern zusätzliche Werbeflächen für Kulturplakate in der Innenstadt und in „szenenahen“ Stadtteilen an geeigneten Orten geschaffen werden können. Darüberhinaus gibt es eventuell noch ungenutzte Möglichkeiten anderer privater Werbemedien, wie beispielsweise bei der DB oder der Hochbahn. Hier wird die SPD mögliche Gespräche von Seiten des Clubkombinats gerne unterstützen.
CDU	Zu 3.1.: Die Forderung nach einer Ausweitung des Kleinveranstalterrabatts auf die Clubs bis zu 1.000qm stehen wir positiv gegenüber. Hier lohnt es sich mit den „Hamburger Kulturmedien“ in Verhandlungen zu treten. Unsere Abgeordneten unterstützen Sie dabei gerne. Zu 3.2.: Auch einem Rabatt für Plakatierungen kleiner Clubs steht die CDU Hamburg positiv gegenüber und unterstützt das Clubkombinat bei möglichen Verhandlungen mit den Hamburger Kulturmedien. Zu 3.3.: Um vor Inkrafttreten der neuen Gestattungsverträge für Außenwerbung im Jahre 2025 mehr bezahlbare Plakatierflächen zu realisieren, unterstützen wir Sie gern im Rahmen unserer Möglichkeiten bei den hierfür erforderlichen Verhandlungen mit den zuständigen Plakatierdiensten in Hamburg.

Mehr bezahlbare Plakatierflächen

GRÜNE	<p>Das Plakat ist immer noch die wichtigste Werbefläche für Liveclubs. Doch es ist weniger der Preis, als die Art der Verteilung der Flächen im Stadtraum ein Problem für Liveclubs. Ein A1 Plakat in Langenhorn an einer einsamen Straße hat für den Live-Club weniger Wert als beispielsweise im Schanzenviertel. Es gibt also zu wenige Werbeflächen für keine Kulturunternehmen an jeweils geeigneten Stellen. Hier muss nachgebessert werden und dafür muss das Hamburger Kulturmedien System auf den Prüfstand. Wir wären hierzu bereit. Zu berücksichtigen ist dabei jedoch auch, dass auch soziale Medien mit ihren Follower- und Freundeskreisen wichtige Instrumente der Werbung und auch der Besucherbindung sind, die in ihrer wachsenden Bedeutung nicht vernachlässigt werden sollten. Wir setzen uns auch dafür ein, Kooperationen der LiveClubs mit Hamburg Marketing und Hamburg Tourismus für überregionale Werbung zu nutzen, insbesondere sind hier die Veranstaltungskalender der Stadt, Publikationen in überregionalen Zeitungen, Kampagnen zur Kulturstadt uvm. zu nennen.</p>
Die Linke	<p>Zu 3.1.: Wir denken, dass die FHH mit der Kultur-Medien Hamburg GmbH den Clubs, diverse Schritte entgegen kommen könnte. Die Einräumung des Kleinveranstalterrabatts für Musik-Clubs bis 1000 qm, bzw. eine Staffelung kann eine Möglichkeit sein. Das macht aber nur Sinn, wenn gleichzeitig, die zur Verfügung stehenden genehmigten Flächen sowie die Flächenkontingente erhöht werden, sonst machen die größeren den kleinen Clubs ja Konkurrenz, beim Run auf die Wände. Zu 3.2.: Grundsätzlich ja, aber im Zusammenhang mit einer Ausweitung Kleinveranstalterrabatts auf größere Clubs, müsste hier nochmal genauer gerechnet werden, welche Staffelung Sinn machen würde. Zu 3.3.: Denkbar wäre z.B. die Erhöhung der Flächenkontingente für Kleinveranstalter von 10 % auf 25 % oder die Ausweitung der zur Verfügung stehenden, genehmigten Flächen.</p>
FDP	<p>Zu 3.1.: Die Werbeflächen im öffentlichen Raum sind begrenzt und unterliegen unterschiedlichsten Nutzerwünschen und konkurrierenden Interessen. Die Möglichkeiten für kulturelle Veranstaltungen in Hamburg zu werben sind zwar in den letzten Jahren stetig gestiegen, so ist das Angebot an Kulturwerbeträgern seit dem Jahr 2008 fast verdoppelt worden, aber die Nachfrage übersteigt weiterhin das Angebot. Mit der Größenbeschränkung auf 266qm bzw. 400 Personen ist gewährleistet, dass trotz der hohen Nachfrage nach Werbeflächen die kleineren Veranstaltungen eine ausreichende Präsenz in der Öffentlichkeit haben. Bei einer Ausweitung der Größenbeschränkung würde dies deutlich erschwert werden. Zu 3.2.: Wir möchten die private Kulturfinanzierung stärken und haben deshalb einen Antrag in die Hamburgische Bürgerschaft eingebracht, der genau das ermöglicht. Wir wollen, dass gerade auch Private einen stärkeren Anteil zur Kulturfinanzierung beitragen. In diesem Zusammenhang halten wir auch Finanzierungskonzepte für kleinere Musikspielbetriebe für förderungswürdig. Zu 3.3.: Neben der Werbung, die über die Werberechtsverträge der Stadt geregelt ist, bestehen diverse weitere Möglichkeiten, Veranstaltungshinweise im öffentlichen Raum zu plakatieren. So gibt es bspw. in den U- und S-Bahnhöfen Werbeflächen der Deutschen Eisenbahnreklame (DERG) oder der Deutschen Bahn AG bzw. der HOCHBAHN AG die von für Kulturschaffenden genutzt werden können. Neben diesen Plaktierflächen sehen wir gerade in der Nutzung elektronischer Medien erhebliche Potentiale die Zielgruppen von Veranstaltungen zu erreichen. Die Stadt unterstützt dabei bereits zahlreiche Veranstalter durch eine Präsenz auf www.hamburg.de/veranstaltungen. Diese Unterstützung sollte noch ausgebaut und durch andere Angebote begleitet werden.</p>
Piraten	<p>Zu 3.1.: Bei dieser einfachen Lösung sehen wir das Problem, dass die mittelgroßen Clubs mit ihrer relativ besseren Finanzausstattung den kleineren ihr Kontingent streitig machen würden. Wenn, dann müsste also ein zusätzliches Kontingent für mittelgroße Clubs eingerichtet werden, das nicht zu Lasten der kleinen geht. Inwiefern das wirtschaftlich darstellbar wäre, wäre zu prüfen.</p> <p>Zu 3.2.: Prinzipiell würden wir eine derartige Entlastung der kleinen Musikspielstätten sicherlich begrüßen. Die Plakatierung muss aber auch rentabel für den Anbieter bleiben können. Wenn das funktioniert – alles klar. Ansonsten würden wir, bevor man den Plakatdienstleister subventionieren muss, lieber Clubs direkt Mittel zur Eigenvermarktung zur Verfügung stellen.</p> <p>Zu 3.3.: Man könnte über die Einrichtung eines Fonds aus den Mitteln der Kultur- und Tourismustaxe nachdenken, der kleinen und mittleren Musikclubs Mittel zur Eigenvermarktung zur Verfügung stellt. Dieser würde von einer der Selbstorganisationen der Szene verwaltet und nach einem Schlüssel von den einzelnen Clubs abgerufen werden können. Mit diesen Geldern könnten dann nach Entscheidung des Betreibers Plakatflächen auch außerhalb des Kulturrabattkontingents oder bei anderen Anbietern zugemietet, oder auch bspw. Online-Werbung in sozialen Medien geschaltet werden. Die Mittel für diesen Fond dürften natürlich nicht zu Lasten der bisherigen Kulturförderung gehen, sondern wären aus den bisher in die Stadtmarketing GmbHs gesteckten Mitteln der Kulturtaxe bereitzustellen. Weiterhin soll es Toleranzbereiche für Wildplakatierungen geben, bspw. an nicht-repräsentativen öffentlichen Gebäuden wie Brücken oder Schallschutzmauern.</p>

Subventionen für die Subkultur

Im Haushaltsplan für Kultur der Freien und Hansestadt Hamburg ist die Bedeutung der Musik-Clubs wie folgt beschrieben: „Als Stadt mit der höchsten Musik-Club-Dichte Deutschlands spielen Pop und Jazz eine wichtige Rolle für das Musikleben. Die Förderung der unterschiedlichen Szenen durch Netzwerke und spezielle, auf die Musik-Clubs zugeschnittene Maßnahmen und Festivals stehen im Vordergrund. (...) Die Musikbranche mit ihren Tonträgerunternehmen, Labels und Verlagen, Live-Musik-Clubs, Spielstätten und Veranstaltern, Künstlern und Komponisten etc. ist in der Hamburger Kreativwirtschaft ein erheblicher Wirtschaftsfaktor. (...)“ (Quelle: Freie und Hansestadt Hamburg Haushaltsplan 2013/2014 (S. 34) Für alle privaten Hamburger Musik-Clubs stehen über den Live-Musik-Fonds 170.000 € pro Jahr an Haushaltsmitteln aus dem Topf „Sonstige Musikpflege“ zur Verfügung. Mit diesem Infrastrukturmodell wurde in Hamburg ein von der Szene erprobtes und anerkanntes Förderinstrument geschaffen, das bundesweite Anerkennung genießt und in Gestalt von Live Concert Account² und Club Award einen quantitativen mit einem qualitativen Ansatz vereint. Verglichen mit den Subventionen der Staatstheater (Oper, Schauspielhaus, Thalia) von über 100 Mio. Euro pro Jahr – sowie den 35 Privattheatern (7,6 Mio. Euro pro Jahr) sind dies jedoch eher Krümel, die der Bedeutung dieser Kulturbetriebe für die Stadt Hamburg kaum gerecht werden. Aus unserer Sicht sind es insbesondere die vielen kleinen und mittleren, privaten Musikbetriebe dieser Stadt, die laufend neue Talente entwickeln und ein breites, städtisches Kulturpublikum ganzjährig mit viel Leidenschaft unterhalten. Vor dem Hintergrund, dass gegenwärtig u.a. der Mindestlohn und neue Forderungen nach Abgabenerhöhungen seitens der GEMA, GVL und der Künstlersozialkasse die Existenz vieler Musik-Clubs zusätzlich bedrohen, zielen wir auf eine langfristige Aufstockung der Fördermittel auf 600.000 € pro Jahr.

4.1. Wie bewerten Sie die unterschiedlichen Subventionshöhen für Bühnenhäuser und privaten Musikbühnen? Ist das Verhältnis der stark geförderten Hochkultur im Vergleich zu den 170.000 € für die subkulturellen Musikspielstätten angemessen?

4.2. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Mittel für den Live-Musik-Fonds - insbesondere den Live Concert Account - in den kommenden Jahren (ab dem Haushalt 2017/2018) zu steigern und damit vor allem die vielen kleinen und mittleren, privaten Musikspielstätten in Hamburg zu stärken?

	SPD	CDU	GRÜNE	DIE LINKE	FDP	PIRATEN
Bewertung durch das Clubkombinat:						

ANTWORTEN DER PARTEIEN:

SPD	Die SPD sieht die privaten Musikclubs als wichtige Säulen der Kulturlandschaft unserer Stadt. Der Live Concert Account ist ein wichtiger Baustein des Livemusikfonds und ein im intensiven Dialog mit der Clubszene eingeführtes Instrumentarium zur Stärkung der Livemusik in Hamburg. Die Regularien wurden zuletzt geringfügig angepasst, so dass die zur Verfügung stehenden 150 T€ auch voll ausgeschüttet werden können und der zugrundeliegende Maßstab (die GEMA-Zahlungen der Clubs) auch als Ansatzpunkt für weitere Förderungen Dritter herangezogen werden kann. 2014 wurden einmalig zusätzlich 20 TEUR zur Verfügung gestellt, für eine dauerhafte Erhöhung der Mittel des Live Concert Account sehen wir derzeit jedoch keinen Spielraum.
CDU	4.1.: Generell ist die starke Differenz der Subventionen zwischen Staatstheatern und privaten Musikbühnen auf jeden Fall gerechtfertigt. Verfügen doch die Bühnenhäuser zum einen über einen Bildungsauftrag, zum anderen aber über ein viel höheren Personalstamm und könnten ohne diese Subventionen am Markt nicht überleben. Da die CDU Hamburg allerdings klar die gestiegenen Kosten der Clubs etc. durch die GEMA oder den Mindestlohn sieht, unterstützen wir die Clubs bei der langfristigen Anhebung der staatlichen Förderung. Zu 4.2.: Die Mittel für den Live-Musik-Fonds, insbesondere den Live Concert Account, lassen sich ab 2017/2018 ganz leicht aus der Kultur- und Tourismustaxe finanzieren. Der amtierende SPD-Senat müsste nur a.) den politischen Willen haben, das Gros der Einnahmen aus der Kultur- und Tourismustaxe in Kultur zu investieren; und b) all diejenigen aus der Kulturtaxe geförderten Kulturinstitutionen und -projekte. Die vorher aus dem laufenden Haushalt finanziert wurden, nicht länger aus Mitteln der Kulturtaxe zu finanzieren, sondern wieder aus dem laufenden Etat. Dadurch würden Mittel aus der Kulturtaxe u.a. Für die Club- und Konzertkultur frei.

Subventionen für die Subkultur

GRÜNE	<p>Hoch- und Subkultur gegeneinander auszuspielen, ist Quatsch. Viele Besucher und Besucherinnen des Theaters gehen ebenso gern die Schanze oder unterstützen das Gängeviertel. Insbesondere ist diese Mischung aber für die Kulturtouristen interessant, die nach einem Kunsthallenbesuch gern den Abend im Liveclub mit einem Bierchen beenden. Daher muss die Kulturtaxe endlich auch für die Clubkultur zugänglich gemacht werden. Wir fordern 100 Prozent der Mittel aus der Kulturtaxe für Kultur. Dieses zusätzliche Geld muss auch für eine Stärkung des Live Concert Accounts verwendet werden. Einen entsprechenden Haushaltsantrag haben wir dazu gerade auf den Weg gebracht.</p>
Die Linke	<p>4.1.: Was die grundsätzliche Kulturförderung in HH betrifft lautet unsere Forderung ganz einfach: Im Rahmen einer tatsächlich auskömmlichen institutionellen Förderung muss künftig ein dynamisierter Ausgleich der Tarifsteigerungen für sämtliche öffentliche Kultureinrichtungen der Stadt garantiert werden. Im basiskulturellen Bereich schufteten die Leute unter miesesten Arbeitsbedingungen ohne jemals eine Tarifkostenerhöhung zu bekommen, aber gleichzeitig schaffen auch die großen Institutionen es nur mit genügend Druck den Ausgleich ihrer steigenden Tarife durchzuboxen. In sämtlichen Kulturbereichen droht also bei einem weitgehend gedeckelten Kulturetat, auf kurz oder lang immer wieder die strukturelle Unterfinanzierung. Es liegt bei der Politik, zu sagen: In Hamburg wird eine Kulturpolitik gemacht, die sich ganz klar gegen eine Spaltung der Kulturlandschaft entscheidet. Zu 4.2.: Die Möglichkeiten bestehen – die Stadt muss nur wollen. Das ist eine politische Entscheidung - und zu der gehört nunmal, dass zusätzliche Mittel in die Kultur fließen müssen.</p>
FDP	<p>Zu 4.2.: Wir wollen, dass Kulturförderung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen wird. Staat und Bürger sollen gemeinsam Kultureinrichtungen finanzieren. Aufgabe des Staates ist es, eine kulturelle Grundsicherung auch vorzuhalten und darüber hinaus privates Engagement und private Beteiligungen zu unterstützen und zu fördern. Um hier einen stärkeren Anreiz zu setzen, sollen private Spenden und Zuwendungen durch staatliche Mittel ergänzt werden. Spendet ein Privater an eine kulturelle Einrichtung, gibt die Stadt einen bestimmten Betrag aus einem zu schaffenden, in der Höhe gedeckelten Kulturfonds hinzu. Gemeinsam engagieren sich so Gesellschaft und Staat für die Kulturlandschaft. Als Vorbild soll das Deutschlandstipendium dienen. Gerade da derzeit insbesondere große und etablierte Institutionen von der staatlichen Unterstützung profitieren, haben wir uns für dieses Modell in der Bürgerschaft bereits eingesetzt. Erfahrungen aus anderen Bereichen und Ländern zeigen wie erfolgreich eine solche Finanzierung für die Vielfalt in der Kulturlandschaft sein kann. Ein Ausspielen der verschiedenen Kulturschaffenden gegeneinander ist weder zielführend noch trägt es zur weiteren Entwicklung der Hamburger Kulturlandschaft bei.</p>
Piraten	<p>Zu 4.1.: Auch wir PIRATEN sehen hier ein großes Ungleichgewicht und würden die Clubkultur im Vergleich zur sogenannten "Hochkultur" gerne auch finanziell aufwerten. Wenn Eintrittskarten für Hochkulturveranstaltungen – mit ihrer doch arg beschränkten Zielgruppe – mit dem Mehrfachen ihres Verkaufspreises staatlich subventioniert werden, lässt es sich unserer Ansicht nach nicht rechtfertigen, Institutionen der Pop- und Subkultur mit Peanuts abzuspeisen und Existenzbedrohungen auszusetzen.</p> <p>Zu 4.2.: Leider ist zu erwarten, dass die Elbphilharmonie nach Fertigstellung weitere Fördermittel für den Bereich der Hochkultur abzweigen wird. Dem würden wir uns mit unseren Möglichkeiten entgegenstellen und uns dafür einsetzen, dass zu diesem Zweck ausschließlich innerhalb des Hochkulturbereichs umverteilt wird. Zusätzliche finanzielle Mittel im Kulturhaushalt müssen dem klein- und subkulturellen Bereich zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>Desweiteren wendet sich die Piratenpartei auch gegen überzogene Forderungen von Verwertungsgesellschaften wie GEMA und GVL und unsere Mitglieder haben sich bspw. vor zwei Jahren am Protest der Clubbetreiber gegen die geplanten GEMA-Preiserhöhungen beteiligt. Unsere Abgeordnete im Europaparlament Julia Reda ist dort Berichterstatterin für die Reform der Urheberrechtsrichtlinie und wird sich dort für eine angemessene Berücksichtigung der Rechte der Nutzer urheberrechtlicher Werke einsetzen. Der Sprecher für Urheberrechtsfragen der Piratenpartei Deutschland, Bruno Kramm, ist Musiker, Produzent und Inhaber eines Gothic-Labels, und damit auch der Clubszene verbunden.</p>

Gemeinschaftsaktionen der Clubs fördern

Ein zentrales Anliegen des Clubkombinats ist es, die Vielfalt und Bedeutung der hiesigen Clubszene für die Stadt Hamburg und ihre Kulturlandschaft noch sichtbarer und erlebbarer zu machen. Vor diesem Hintergrund fand nach vierzehn Jahre Pause am 05.09.2014 eine Neuauflage der DIE NACHT DER CLUBS statt. DIE NACHT DER CLUBS ist eine Gemeinschaftsveranstaltung der Hamburger Clubs, an der sich in diesem Jahr 28 Musikspielstätten in einem solidarischen Genossenschaftsmodell zusammen geschlossen und einem Publikum von mehreren tausend Besuchern in nur einer Nacht über 100 Live-Acts präsentiert haben. Diese Gemeinschaftsveranstaltung gab Besuchern die Gelegenheit, mit nur einem Ticket und mit eingebundenen Shuttle-Bussen individuell eine vielfältige Konzert- und Tanznacht quer durch unterschiedliche Clubs zu erleben. Auf Grundlage der diesjährigen Erfahrungen soll dieses Veranstaltungsformat weiterentwickelt werden, das im Kern die Vielfalt und das Miteinander der Hamburger Musik-Clubs transportiert, dem Zeitgeist entsprechend erlebbar macht und sich als eine sinnvolle, eigenständige Ergänzung zum Reeperbahn Festival versteht. Insbesondere durch den starken Einbezug lokaler Künstler, dem dezentralen Charakter, einem relativ geringen Eintrittspreis und der terminlichen Ausrichtung (Jan. oder April/Mai) stellt diese Veranstaltung eine attraktive Ergänzung im Jahresveranstaltungs-kalender dar. Es zeichnet sich ab, dass dieses Projekt in den kommenden Jahren einer Aufbaufinanzierung bedarf, um u.a. die Programmqualität und Öffentlichkeitswirksamkeit zu steigern. Das Clubkombinat wünscht sich daher eine Förderung aus der Maßnahme „Attraktivierung Musikstadt“ der Kultur- und Tourismustaxe für mind. 4 Jahre. Im ersten Jahr wünscht sich das Clubkombinat Fördergelder i.H.v. 100.000 € für DIE NACHT DER CLUBS. Die Förderung ist als Kofinanzierung angelegt. Der Anteil der beteiligten Musik-Clubs liegt bei ca. 150.000 € pro Jahr. Angedacht ist eine Anschubsfinanzierung, die in ihrer Höhe jährlich sinkt, mit dem Ziel, dass sich die Veranstaltung erfolgreich weiter etabliert, professionalisiert und wirtschaftlich selbst trägt.

5.1. Unterstützen Sie unseren Antrag für eine Gemeinschaftsaktion der Hamburger Musik-Clubs aus Mitteln der Kultur- und Tourismustaxe?

5.2. Große Teile der Kultur- und Tourismustaxe werden anstatt für die Kultur, Sport-Event und- sonstigen Marketing- Verwendungen zugeführt. Was halten Sie von der Forderung, 100% der Mittel aus der Kultur- und Tourismustaxe zukünftig ausschließlich für Kultur bzw. Kulturschaffende zur Verfügung zu stellen?

	SPD	CDU	GRÜNE	DIE LINKE	FDP	PIRATEN
Bewertung durch das Clubkombinat:						
5.1.						
5.2.						

ANTWORTEN DER PARTEIEN:

SPD	Die Mittel der Kultur- und Tourismustaxe sind von Beginn an zur Förderung von Kultur und Tourismus gedacht. Dies entspricht auch so der Verwendung bei den Städten und Kommunen, die ebenfalls eine ähnliche Abgabe oder Steuer eingeführt haben. Mehr als 50% werden hierbei für die Kulturförderung ausgeschüttet. Auch von zahlreichen Projekten zur Förderung des Tourismus profitieren kulturelle Einrichtungen und Kulturschaffende. Zu Gesprächen über eine mögliche Förderung von Projekten steht die SPD wie auch in der Vergangenheit zur Verfügung.
CDU	Zu 5.1.: Die Forderung nach 100.000 Euro aus der Kulturtaxe für Gemeinschaftsaktionen der Clubs unterstützen wir voll und ganz. Zu 5.2.: Es war stets eine Kernforderung der CDU Hamburg, das Gros der Einnahmen aus der Kultur- und Tourismustaxe auch für Kultur auszugeben. Dabei muss man jedoch auch eine ganzheitliche Perspektive wahren; denn die Clubs sind ja nicht nur ein wichtiger Faktor für den Tourismus in Hamburg, sondern profitieren ihrerseits von steigenden Tourismuszahlen in Hamburg. Clubkultur und Tourismusmarketing sind kein Gegensatz.
GRÜNE	Wie bereits erwähnt, fordern wir Grünen 100 Prozent der Mittel aus der Kulturtaxe für Kultur. Daraus würden nach aktuellem Stand zusätzlich vier Millionen Euro für die Kulturförderung gewonnen. Die Nacht der Clubs zu etablieren und zu professionalisieren ist unser gemeinsames Ziel, bei dem auch Mittel aus der Kulturtaxe genutzt werden könnten.
Die Linke	Zu 5.1.: Selbstverständlich unterstützen wir solidarische Gemeinschaftsaktionen der Clubs! Die NACHT DER CLUBS ist etwas Besonderes – genau wegen ihres dezentralen Charakters, den bezahlbaren Eintrittspreisen und dem Engagement der lokalen Künstler. Und selbstverständlich sollen die Einnahmen aus der Kulturtaxe genau für so eine Kulturförderung verwendet werden. Zu 5.2.: Die Einnahmen aus der Kulturtaxe zu 100 % sämtlichen Kulturbereichen der Stadt zukommen zu lassen, ist von Anfang an unsere Forderung. Die Zeiten der lächerlichen "Humus-" und "Leuchtturm-Rhetorik" müssen einfach mal vorbei sein.

Gemeinschaftsaktionen der Clubs fördern

FDP	Grundsätzlich halten wir die Bettensteuer als Instrument zur zielgerichteten Förderung von Kultur für nicht geeignet. Insbesondere der bürokratische Aufwand der Erhebung der Steuer auf Seiten der Beherbergungsbetriebe und der Finanzverwaltung stehen in keiner Relation zum tatsächlichen Aufkommen welches um mehr als 30 Prozent unter den eingeplanten Einnahmen liegt. Gleichzeitig verursacht die Abrechnung der Mittelverwendung bei den Zuwendungsempfängern ebenfalls erhöhten bürokratischen Aufwand. Denn es muss nachgewiesen werden, inwiefern tatsächlich Touristen im Rahmen des geförderten Projekts erreicht wurden.
Piraten	Zu 5.1.: Ja. Die Forderung erscheint auch in der gewünschten Höhe durchdacht und angemessen. Zu 5.2.: Auf eine ausschließliche Verwendung für Kultur möchten wir uns nicht festlegen. Auch gewisse Sportveranstaltungen, wie bspw. internationale Wettbewerbe in kommerziell nicht besonders erfolgreichen Randsportarten, würden wir durchaus als förderungswürdig ansehen. Die Einnahmen der Kultur- und Tourismustaxe zu großen Teilen in Marketingmaßnahmen stadteigener Gesellschaften wie der Hamburg Tourismus GmbH zu stecken halten wir dagegen für zweckentfremdend und lehnen es daher ab. Ebenso würden wir uns gegen die Förderung von Gala-Veranstaltungen zur Verleihung irgendwelcher Medienpreise, oder vergleichbarer Events, aus diesem Topf aussprechen.